

## **Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit dem Verfahren auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen durch die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg  
Amt für Justizvollzug und Recht / Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen  
Drehbahn 36  
20354 Hamburg  
Tel.: 040-42843-1742/-1799  
Fax: 040-4273-3866  
[anerkennungsauslehesch@justiz.hamburg.de](mailto:anerkennungsauslehesch@justiz.hamburg.de)

Der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg ist erreichbar unter:

Drehbahn 36  
20354 Hamburg  
E-Mail: [jbdatschutz@justiz.hamburg.de](mailto:jbdatschutz@justiz.hamburg.de)

Ihre Daten werden für Zwecke der Durchführung eines Verwaltungsverfahrens zur Anerkennung einer ausländischen Entscheidung in Ehesachen verarbeitet. Nach Abschluss des Verwaltungsverfahrens werden Ihre Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Ablauf der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist nach Maßgabe der für das Archivwesen geltenden gesetzlichen Bestimmungen aufbewahrt.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. f) und g) der Verordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO), das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) sowie das Hamburgische Datenschutzgesetz (HmbDSG).

Ihre personenbezogenen Daten werden im Zuge des Verfahrens weitergegeben an

- die übrigen Beteiligten des Anerkennungsverfahrens
- andere Behörden und Gerichte im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen
- die von der Justizverwaltung im Rahmen des Erforderlichen eingesetzten IT-Dienstleister.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder der FHH kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg).